



Sibylle Laurischk
Rechtsanwältin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227 – 72062
Telefax: (030) 227 – 76062
E-Mail: sibylle.laurischk@bundestag.de
Homepage: <http://www.laurischk.de>

01.12.2005

Laurischk kritisiert wachsende Alterdiskriminierung

Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin

Die Offenburger FDP-Bundestagsabgeordnete Sibylle Laurischk hat sich in der Debatte zur Regierungserklärung der Kanzlerin die seniorenpolitischen Positionen der FDP-Fraktion vertreten.

Sie thematisierte die wachsende Altersdiskriminierung, die in Deutschland gerade im Arbeitsleben schon erschreckend früh einsetze. Mittlerweile beschäftigen 60% aller deutschen Unternehmen keine Mitarbeiter über 50 Jahre mehr.

Sie wies auf die jüngste Entscheidung des EuGH zur Diskriminierung älterer Arbeitnehmer durch Hartz IV hin, demzufolge Arbeitnehmer über 52 Jahren nicht mehr in beliebiger Abfolge mit befristeten Verträgen beschäftigt werden können. Diese Entscheidung habe Herr Oettinger offenbar nicht gekannt.

In der Integrationspolitik begrüßte sie die Einrichtung der Integrationsbeauftragten im Kanzleramt als sichtbaren Ausweis der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. „Integrationspolitik als Chefsache“ führt hoffentlich zu konkreten Ergebnissen. Allerdings lassen sich Integrationsdefizite nicht nur mit dem Polizeirecht oder dem Strafrecht lösen.

Vorrangige Zielsetzung muß das frühe Deutschlernen von Kindern mit Migrationshintergrund haben. Unverzichtbar sind dafür frühe Sprachtests.

PRESSEMITTEILUNG